

„Stromtrassen sind ein Stück Energiewende“

Netzausbau SPD-Energieministerin Dr. Nina Scheer präsentiert sich in Feucht als Verfechterin dezentraler Energieerzeugung. Dennoch hält sie es nicht für zielführend, jetzt noch gegen den Bau neuer Stromtrassen zu protestieren.



Dr. Nina Scheer (Mitte) diskutiert mit Bundestagskollege Jan Plobner und Marktgemeinderatsmitglied Inge Jabs. Fotos: Christian Geist

VON CHRISTIAN GEIST

Feucht – Über die „Energie von Morgen“ wollen Jan Plobner und die Feuchter SPD am Freitagabend in der Reichswaldhalle diskutieren. Dazu hat sich der Bundestagsabgeordnete Verstärkung aus Berlin geholt: Mit Dr. Nina Scheer ist die Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast in Feucht. Im Mittelpunkt des Abends steht vor allem ein Aspekt der Energie von morgen: der Netzausbau von heute.

Zunächst einmal präsentiert sich Scheer als Anhängerin der regionalen Energiegewinnung. „Ihre erfolgreichsten Jahre hatte die Energiewende definitiv im dezentralen Spektrum“, sagt Scheer, die seit 2013 im Bundestag sitzt, und lobt Bürger, Landwirte und Unternehmer für ihr Engagement. Nur seien diese in Summe so erfolgreich geworden, dass sich die herkömmlichen Erzeuger bedroht gefühlt hätten. „Darum versuchten die großen Player etwa ab 2010, ihren Platz im Bereich der Erneuerbaren Energien zu markieren.“ Sie drängten, so erklärt es Scheer, auf Zentralität, auf den Bau großer Leitungen – mit Erfolg.



Trassengegnerin Lina Hummel fordert einen Paradigmenwechsel in der Energiewirtschaft: weg von großen Übertragungsnetzen, hin zu einer dezentralen Energiewende.

Je staatlicher, desto dezentraler

Ihr persönlich seien viele kleine Netze zwar lieber. „Aber was da jetzt geschaffen wird, ist trotzdem ein Stück Energiewende. Und es wäre ein Rückschritt in der Energiewende, so zu tun, als könnten wir die Entwicklung der letzten 15 Jahre einfach auslöschen.“ Darum befürwortet Scheer den Bau großer Stromtrassen wie der Juraleitung. „Brücken, die gebaut sind, kann man nicht ohne Folgeschäden abreißen“, meint die Energieexpertin und ist der Ansicht, dass die Planung der Trassen schon zu weit vorangeschritten ist, als das man noch den Rotstift ansetzen könnte, geschweige denn sollte. Jedoch fordert Scheer, der Staat müsse mehr Einfluss nehmen auf den Netzausbau und dürfe diesen nicht allein den Konzernen der Energiewirtschaft überlassen. Je größer die Rolle des Staates, desto dezentraler wird der Netzausbau vonstattengehen, davon ist die promovierte Politikwissenschaftlerin überzeugt. „Die Staatlichkeit zu stärken, ist das A und O.“

Dass man sich heute in der Situation befindet, große Trassen bauen zu müssen, dafür machen Plobner und Scheer auch die bayerische Staatsregierung verantwortlich. „Der Ausbau der Windenergie wurde in Bayern verschlafen. Da fehlen uns 15, 20 Jahre, in denen sich das Rad in eine andere Richtung weitergedreht hat“, kritisiert Scheer und Plobner ergänzt, die Staatsregierung verteidige ihre 10-H-Regel noch immer „mit Zähnen und Klauen“. Zudem relativiert der Abgeordnete aus Altdorf die bayerische Erfolgsbilanz beim Ausbau der Photovoltaik. Immerhin hat der Freistaat im Jahr 2022 mehr Sonnenstrom aus neuen PV-Anlagen gewonnen als alle anderen Bundesländer. „Wir sind aber auch ein Flächenstaat“, meint Plobner vor den rund 100 Zuhörern im Foyer der Reichswaldhalle, „darum gibt es immer noch viel zu tun“.

Klarer Appell an Trassengegner

An die Trassengegner, von denen ein gutes Dutzend in Warnwesten gekleidet die Vorträge des Abends verfolgt, appelliert Scheer, ihre Energie in den Ausbau der Erneuerbaren zu investieren anstatt „sich zu verkämpfen“. Schließlich werde der Bundesbedarfsplan, der den Netzausbau regelt, alle zwei Jahre überarbeitet und fortgeschrieben. „Wenn wir jetzt unsere Hausaufgaben im dezentralen Bereich machen, dann können wir vielleicht noch auf die eine oder andere Leitung verzichten“, sagt Scheer und nennt diverse Möglichkeiten: vom kleinen Balkonkraftwerk für zu Hause bis zu großen Photovoltaikanlagen auf Gewässern oder an Autobahnen. Anders als die Große Koalition arbeite die Ampel-Regierung daran, bestehende Barrieren auf der Verteilnetzebene zu beseitigen und so den Weg für dezentrale Lösungen zu ebnen.

Energiewende oder Krieg?

Nicht zuletzt spricht Scheer in Feucht ein Plädoyer für die Energiewende an sich. „Selbst wenn wir keinen Klimawandel hätten, müssten wir genau das Gleiche tun“, sagt die gebürtige Berlinerin, deren Wahlkreis südlich von Lübeck liegt. Denn die Energiepreiskrise sei eine rein-fossile Energiepreiskrise, die schon vor dem Ukraine-Krieg ihren Anfang genommen habe. Steigende Preise nennt die 51-Jährige die „Vorboten einer Verknappung“ und zeichnet ein Bild dessen, was passiert, wenn die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern bestehen bleiben. „Es wird zur Verknappung kommen. Und dann sind Kriege vorprogrammiert!“ Als einzige Lösung nennt sie die Erneuerbaren Energien. Diese liefern ihrer Meinung nach schon heute den günstigsten Strom, erst recht – sagt sie in Anspielung auf die Kernenergie –, wenn man die Folgekosten mit einrechne.

Wer warum auf Kernkraft setzt

Zur Kernkraft kommt dann auch eine Frage aus dem Publikum. Herbert Fahrnbauer nennt beispielhaft Frankreich und Polen, die neue Meiler errichten, und Nationen wie Indien und Indonesien, die in Kohlekraftwerke investieren. „Macht die Welt tatsächlich alles falsch und wir alles richtig“, fragt Fahrnbauer, der in verschiedenen Bürgerinitiativen aktiv ist, provokant.

Weltweit habe man schon erkannt, meint Scheer, dass die Erneuerbaren am günstigsten sind. Darum investiere China neben der Atom- massiv in die Wind- und Solarenergie. Jedoch sieht sie eine Verquickung zwischen Energiewirtschaft und Militär. „Neun von zehn Ländern, die auf Kernenergie setzen, sind selbst Atommächte oder zumindest Zulieferstaaten“, erläutert Scheer. Ihre Folgerung: Man halte hier an einer Technologie fest, die energiewirtschaftlich keinen Sinn ergibt, nur um bei der militärischen Nutzung einen Fuß in der Tür zu behalten.
